

Diskussionspapier

Armutsbekämpfung und Ernährungssouveränität

Das Recht auf selbstbestimmte Ernährung

*Das Menschenrecht auf angemessene Nahrung ist von entscheidender Bedeutung für die Wahrnehmung aller Rechte.
Vereinte Nationen, Ausschuss für WSK-Rechte 1999*

In reichen Ländern wie Österreich wird Armut kaum mit Hunger gleichgesetzt. Im Rahmen laufender Erhebungen der Armutsstatistik wird jedoch auch nach Ernährungsmöglichkeiten gefragt. Ausgaben für Ernährung zählen neben Wohnen und Energie zu den Hauptposten im Haushaltsbudget von Menschen, die unter der Armutsgrenze leben. Ein Blick auf Studien zur Ernährungsarmut zeigt, dass heutzutage vor allem der Zugang zu frischem Obst und Gemüse das größte Unterscheidungsmerkmal im Ernährungsverhalten unterschiedlicher Einkommenschichten darstellt. Neben der physischen ist dabei auch die soziale Dimension von Ernährung in den Blick zu nehmen.

Ungleichheit, schlechte Ernährung, gesundheitliche Folgen

Obwohl der Zusammenhang von mangelnder Gesundheit und Ungleichheit weit besser zu belegen ist als jener von falscher Ernährung und chronischen Krankheiten, werden armutsbetroffene Menschen häufig selbst für gesundheitliche Probleme verantwortlich gemacht. Aufgrund schlechter Ernährung würden sie zu Übergewicht neigen, damit ihrer eigenen Gesundheit schaden und das Gesundheitssystem belasten.

Tatsächlich wird von Menschen mit geringem Einkommen oft gekauft, was wenig kostet und satt macht: Brot, Reis, Nudeln, Kartoffeln, oder auch, was kurzfristig das Elend vergessen lässt und Glückshormone aktiviert. Weder die Kilopackung Schokowaffeln noch die Doppelliterflasche Wein ist per se jedoch besonders schädlich. Es geht um insgesamt ausgewogene und ausreichende Ernährung.

Information und Wissen zu gesunder Ernährung sind dafür zweifellos wichtig, können jedoch mangelnde finanzielle Mittel nicht aufwiegen. Auch Strafmaßnahmen wie Bonus-Malus-Systeme in der Sozialversicherung sind kontraproduktiv und abzulehnen.

Wer wenig Geld zu Verfügung hat, kann es sich nicht leisten, die Preise für hochwertige Nahrungsmittel zu bezahlen, die den Kriterien frisch, saisonal, regional, biozertifiziert, gentechnikfrei und nachhaltig entsprechen.

Dazu kommt, dass der ständige Kampf ums Überleben den Körper einer permanenten Stresssituation aussetzt. Zum einen führt Existenzangst vermehrt zu physischen und psychischen Erkrankungen. Zum anderen haben die Betroffenen oft einfach nicht die Kraft für Überlegungen zur Beschaffung und Zubereitung gesunder Mahlzeiten trotz mangelnder Mittel. Oft müssen Ausgaben für

Nahrung zugunsten jener für Miete, Strom und Heizung hintangestellt werden, wer den Strom nicht bezahlen kann, kann nicht kochen, hat kein Licht, kann nicht arbeiten oder lernen u.v.m.

In den Fokus genommen werden müssen deshalb geringes Einkommen und Ungleichheit als Problem und Ernährungssicherheit und –souveränität als Ziele.

Die soziale Dimension des Essens

Von maßgeblicher Bedeutung ist auch die soziale Dimension des Essens. Wer öfter mit Freunden unterwegs ist, kennt die Situation: früher oder später kehrt die Gruppe in ein Lokal ein, jede*r bestellt ein Getränk. Nichts zu konsumieren ist schwierig und führt zu Ausgrenzung. Die Rechnung für eine Mahlzeit in einem Lokal - selbst im Fast Food Restaurant - ist meist höher als das Budget für Lebensmittel für mehrere Tage. Rückzug ist eine Reaktion, die zwangsläufig in Isolation mündet, denn Teilhabe an gesellschaftlichen Aktivitäten ist häufig mit Ausgaben für Essen und Trinken verbunden und auch Einladungen zu sich nach Hause sind kaum finanzierbar.

Armut betrifft auch (Klein-)Bäuer*innen

In den letzten 20 Jahren hat sich die Anzahl der bäuerlichen Betriebe in Österreich um ein Drittel verringert. Einerseits wurde Grund und Boden verkauft, von den Gemeinden umgewidmet und als Siedlungsgebiet oder für Verkehrsflächen versiegelt. Andererseits sind landwirtschaftliche Großbetriebe entstanden, die Monokulturen schaffen, um ihre Gewinne zu maximieren, hauptsächlich auf Kosten von Nebenerwerbsbäuer*innen und Kleinbäuer*innen, die im harten Wettbewerb nicht mehr existenzsichernd wirtschaften können. Die Erzeugung biozertifizierter Produkte als Alternative erfordert hohen Aufwand, dementsprechend hoch ist auch der notwendige Einsatz für gesunde Lebensmittel, nichtsdestotrotz führt die Preispolitik von u.a. Supermarktketten zu immer niedrigeren zu erzielenden Einnahmen für Bäuer*innen.

Armutsbetroffenen Konsument*innen stehen also auch armutsbetroffene oder –gefährdete Kleinbäuer*innen gegenüber. Für beide gilt es nachhaltige Lösungen zu finden.

Von der Ernährungssicherheit zur Ernährungssouveränität

Ernährungssicherheit gilt seit den späten 1950er-Jahren in den reichen Ländern Europas als Tatsache. Mit der Verbreitung von Sozialmärkten, die „Wegwerf- bzw. Restware“ verbilligt an Bedürftige vergeben, mehren sich jedoch die Zeichen dafür, dass diese längst nicht mehr selbstverständlich ist und eine zunehmende Zahl von Betroffenen, sich das „gewöhnliche“ Einkaufen bzw. ausreichende Ernährung zu marktüblichen Preisen nicht mehr leisten kann.

Sozialmärkte und Tafeln sind eine Notlösung. Sie lindern akute Not, in Situationen, in denen Menschen nicht auf lange Entscheidungsprozesse der Politik warten können. Unter dem Motto „Verwenden statt verschwenden“ leisten sie wichtige Beiträge auch in der Bekämpfung von Nahrungsmittelverschwendung. Auch wenn einige der Tafeln und Sozialmärkte – je nach Modell – auch über die Versorgung hinausgehende Beratung und Begleitung in schwierigen Lebenslagen anbieten, dienen sie in vielen Fällen weitgehend der Symptombekämpfung. Ihre oft stigmatisierende Wirkung

auf Betroffene muss deshalb genauso kritisch im Blick behalten werden wie vorhandene Zugangsbeschränkungen, die teilweise dafür notwendige Offenlegung persönlicher Daten, aber auch die im Hintergrund liegenden größeren globalen und politischen Probleme wie etwa Überproduktion und Spekulation.

Ernährungssouveränität, wie sie von Kleinbauern und -bäuerinnen des Südens entwickelt und gefordert wird, um das Selbstbestimmungsrecht aller Menschen in der Ernährungspolitik zu stärken, ist auch für armutsbetroffene Menschen (Konsument*innen und Bäuer*innen) in Österreich zu garantieren. Dabei sollte auch die Entwicklung von Solidarmärkten, wie es sie in einigen Ländern bereits gibt, in den Blick genommen werden. Organisationen wie das österreichische Forum für Ernährungssouveränität oder der Wiener Ernährungsrat bemühen sich um eine langfristige Umgestaltung des Ernährungssystems und dessen Weiterentwicklung in eine sozial gerechte und ökologisch zukunftsfähige Richtung.

Notwendige Maßnahmen

Ratifizierung des UN-Sozialpakts: Gleiche Gewichtung von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten - darunter fällt das Recht auf Nahrung. Die Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum UN-Sozialpakt d ist überfällig.

Angemessene Existenzsicherung: Sich angemessene Ernährung leisten zu können, ist vor allem eine Frage des Einkommens. Dementsprechend braucht es die Anpassung der Sozialhilfe an die Referenzbudgets (vgl. ASB Schuldenberatung 2019) um ein entsprechendes Einkommen zu gewährleisten.

Finanzielle Unterstützung für Diät-Notwendigkeiten: Wer an Nahrungsmittelallergien leidet oder medizinisch indizierte Diät halten muss, hat es besonders schwer. Trotz erhöhter Aufwendungen gibt es keine finanzielle Unterstützung. Hier sind zusätzliche Unterstützungsleistungen notwendig.

Bessere Bildungsarbeit: Die Bedeutung der Ernährung für unsere Gesundheit soll bereits im Pflichtschulunterricht besonders hervorgehoben und dabei auch strukturelle Aspekte (soziale Ungleichheit, Lebensmittelverschwendung, Überproduktion) in den Blick genommen werden.

Gezielte Förderungen in der Landwirtschaft: Förderung von landwirtschaftlichen Betrieben, die im eigenen Land gute (biozertifiziert, gentechnikfrei, unter Erhaltung und nachhaltiger Nutzung der biologischen Vielfalt, ...) Nahrungsmittel produzieren.

Gesundes Essen in öffentlichen Einrichtungen: Qualität vor Bestbieterprinzip und verstärktes Angebot von mit regionalen Bio-Lebensmitteln zubereiteten Speisen in öffentlichen Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Altersheimen, Spitälern etc.

Erhalt von Grund und Boden: Keine Umwidmung von und Spekulation mit wertvollem Ackerland, Versiegelung von Grund und Boden stoppen

Quellen

ASB Schuldenberatung (2019): Referenzbudgets. Online: https://www.schuldenberatung.at/downloads/infodatenbank/referenzbudgets/Referenzbudgets_2019_Aktualisierung_EndV.pdf

Barlösius Eva (2016): Soziologie des Essens. Eine sozial- und kulturwissenschaftliche Einführung in die Ernährungsforschung. 3. Auflage. Weinheim: Juventa.

Meier T. et al. (2019): Cardiovascular mortality attributable to dietary risk factors in 51 countries in the WHO European Region from 1990 to 2016: a systematic analysis of the Global Burden of Disease Study. European Journal of Epidemiology.

Nyeleni Austria: Österreichisches Forum für Ernährungssouveränität. Online: <http://www.ernaehrungssouveraenitaet.at/>

Selke, Stefan (2011): Tafeln in Deutschland. VS-Verlag, Wiesbaden.

Statistik Austria (2016): Agrarstrukturerhebung.

Yildiz, Juliane (2014): Auswirkungen eines verringerten Haushaltsbudgets auf den Lebensmittelkonsum: eine empirische Untersuchung zu den finanziell bedingten Veränderungen am Lebensmitteleinkauf und beim Ernährung.